



gemäß auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet. Der wichtige Ruhr- und Moselverkehr ist bereits wieder in vollem Gange. — Im Berliner Stadtring- und Vorortverkehr konnten 50 Prozent der fahrplanmäßigen Züge gefahren werden.

## Um Genua.

### Die vorbereiteten Verhandlungen innerhalb der Entente.

Paris, 12. Febr. (Agence Havas.) Die groß-britannische Regierung hat noch nicht auf das Memorandum Poincares geantwortet. Das Auswärtige Amt in London ist gegenwärtig für eine vorbereitende Zusammenkunft englischer, französischer und italienischer Sachverständiger, die die technischen Fragen, die für die Konferenz von Genua vorliegen, einer Prüfung unterziehen sollen. Die französischen Kreise stehen einer derartigen technischen Vorberatung günstig gegenüber. Diese wird wahrscheinlich in Paris abgehalten werden, doch wünschen die französischen Kreise, daß sowohl alle Alliierten als auch die kleine Entente daran teilnehmen. — Damit hat also wieder einmal der französische Standpunkt gesiegt, der dahin geht, daß sich die Alliierten vorher verständigen müssen, ehe sie nach Genua gehen.

### Ein französisches Urteil über die Verschleppungspolitik Poincares.

Paris, 11. Febr. „Populaire“ schreibt zu dem französischen Memorandum über die Konferenz von Genua, der Sinn sei sehr klar. Das Frankreich des nationalen Bloks wolle eine vorherige Verständigung der Alliierten über alle Fragen der Tagesordnung, um eine Einheitsfront der „Sieger“ gegenüber den Neutralen und den „Besiegten“ herzustellen. Warum, sagt das Blatt, hat Poincare nicht den Mut, seinen Gedanken zu Ende zu denken und seinen Kollegen einfach zu erklären: „Ich will nicht nach Genua gehen, weil ich nicht will, daß der gegenwärtige status quo Europas abgeändert wird.“ Das sei im Grunde genommen die logische und unvermeidliche Schlussfolgerung, die der Jurist Poincare in den letzten Zeilen seines Memorandums hätte ziehen müssen, anstatt den auf alle Fälle wenig nuttigen Vastardorschlag zu machen, die Zusammenkunft drei Monate aufzuschieben.

### Die Rückwirkung der Haltung Frankreichs auf Amerika.

London, 11. Febr. Reuter meldet aus Washington, in welchen Kreisen verlautet, daß die Haltung Frankreichs gegenüber der Konferenz von Genua dazu geführt habe, daß die amerikanische Regierung ihre Entscheidung darüber, ob sie die Einladung annehmen oder ablehnen wolle, von neuem aufgenommen habe.

### Ein amerikanischer Bankier für die Teilnahme an der Konferenz.

Newyork, 10. Febr. Der Bankier Otto Kahn trat in einer hier gehaltenen Rede nachdrücklich dafür ein, daß Amerika an der Konferenz von Genua teilnehme und daß die Kriegsschulden der Alliierten unter folgenden Bedingungen gestrichen würden: Die Reparationsfrage sei endgültig zu lösen. Die europäischen Budgets seien wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Annähernde Hindernisse des Handels seien zu beseitigen und der Weltverkehr zu festigen.

### Fühlungnahme der kleinen mit der großen Entente.

Paris, 13. Febr. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Dr. Beneš ist gestern vormittag hier angekommen. Er erklärte, er werde bis Ende dieser Woche in Paris bleiben und dann nach London reisen. Die Staaten der Kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschließen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten, bevor sie nach Genua gingen. In der Frage der Vertagung der Konferenz werde man sich, so erklärte Beneš, der Ansicht Frankreichs und Englands anschließen.

Paris, 11. Febr. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Beneš wird nach seiner Ankunft in Paris mit Poincare über die Konferenz von Genua und über die Finanzprobleme konfrieren. Von Paris wird Beneš dann nach London reisen.

### Russisch-englische Verhandlungen.

London, 12. Febr. Die „Times“ melden, daß Krassin gestern in der Downingstreet eine Unterredung mit Lloyd George hatte und am Montag nach Moskau abfahren werde, um an den Vorbereitungen der Sowjetregierung für die Konferenz von Genua teilzunehmen.

### Eine gleichzeitige Konferenz des Internat. Gewerkschaftsbundes in Genua.

Berlin, 11. Febr. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Beschluß, den das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner letzten am 3. und 4. ds. Wts. in Amsterdam abgehaltenen Sitzung bezüglich der Konferenz von Genua gefaßt hat. In dem Beschluß heißt es: In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz von Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Ort und zu der gleichen Zeit einberufen werden.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Radel über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland.

Paris, 11. Febr. Radel hat dem Sonderberichterstatter des „Matin“ in Berlin eine Unterredung gewährt. Er sagte u. a.: die Behauptung, Sowjetrußland sei an Deutschland gebunden, sei eine Legende. Wenn Deutschland mit Rußland jedoch verurteilt werde zu sterben, dann sei es klar, daß vor dem Untergang die 150 Millionen Russen und die 60 Millionen Deutschen eine verzweifelte Anstrengung machen würden. Man könne Rußland nicht wie einen zum Tode Verurteilten behandeln. Was den Versailler Friedensvertrag anlangt, so glaube kein erster Politiker mehr daran, daß man sich an ihn halten könne. Wenn er lüdenlos ausgeführt werde, werde es eine Katastrophe geben. Diesen Vertrag habe Rußland

nicht unterzeichnet. Man habe es isoliert. Radel verneinte, daß zwischen Deutschland und Rußland politische Übereinkünfte getroffen worden seien. Ueber Genua erklärte er, Rußland gehe mit Freuden dorthin, weil es ihm wieder seinen Platz unter den Großmächten einräume. In Genua müßten sich Rußland und Frankreich verständigen und nicht bekämpfen.

### Vor einem Konflikt zwischen Finnland u. Rußland?

Kopenhagen, 9. Febr. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Die Karelier haben jetzt auch noch ihren letzten Stützpunkt in Mittel-Karelien, die Stadt Uhtua, aufgeben müssen, aus der sie durch das Bombardement russischer Flieger vertrieben wurden. Sie haben jetzt nur noch ganz vereinzelte Stützpunkte längs der finnischen Grenze. Die finnische Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen zur Aufnahme der vielen Flüchtlinge, die die Grenze überschreiten. Man rechnet damit, daß 10 000 Karelier ihre Heimat verlassen werden. Die Bolschewisten haben am letzten Sonnabend einen Plünderungszug über die finnische Grenze unternommen. Die finnische Regierung hat an den bolschewistischen Minister des Auswärtigen in Moskau einen Protest gerichtet. Die russische Antwort besagt, daß es sich nicht um russische Soldaten, sondern wahrscheinlich um finnische Verbrecher handle. Die russische Regierung verspricht, diese bestrafen zu wollen, sobald die russischen Truppen ihrer habhaft werden sollten. Die finnische Regierung gab gestern im Reichstagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten eine Darstellung des Grenzzwischenfalls und der von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Die bürgerliche Presse ist mit der Haltung der Regierung unzufrieden und wirft ihr Schwäche in der kareliischen Frage vor.

### Frankreichs angebliche Abrüstung zur See.

Paris, 11. Febr. Einer Havasmeldung zufolge erklärte Marine-Minister Raiberti vor der Marinekommission der Kammer, Frankreich habe mit dem Bau von Kriegsschiffen im Jahre 1914 aufgehört. Es sei also freiwillig 8 Jahre den anderen Nationen auf dem Wege der Abrüstung zur See vorausgegangen. Aus einem Vergleich der französischen Flotte mit den Flotten Großbritanniens, Amerikas und Japans gebe die große zahlenmäßige Ungleichheit in militärisch wertvollen Einheiten hervor, die zwischen den Einheiten Frankreichs und den gleichartigen Einheiten der Flotten anderer Nationen bestehe. Der Marineminister gab schließlich die Maßnahmen an, die er dem Parlament unterbreiten wolle, um die französische Marine in neue Bahnen zu lenken.

### Harding bejwörtet die Annahme der Beschlüsse der Abrüstungskonferenz.

Washington, 11. Febr. Präsident Harding unterbreitete heute dem Senat die auf der Abrüstungskonferenz abgeschlossenen Verträge und ersuchte darum, sie als Garantien des Friedens zu ratifizieren. Der Präsident erklärte, die Verträge verpflichteten weder die Vereinigten Staaten, noch irgend eine andere Macht zu irgend einer Art von Bündnis. Bezugnehmend auf den vom Senat nicht ratifizierten Versailles Vertrag erklärte Harding, der Vertrag sei entworfen worden, weil die Welt dringend bessere Beziehungen gewünscht habe. Die Verträge, die er diesem Verzicht entsprechend unterbreite, enthielten jedoch keine Bestimmungen außer solchen zur Förderung des Friedens. Die Sorge des Senats, daß Amerika von Verwicklungen frei bleiben wolle, sei niemals von den amerikanischen Delegierten vergessen worden.

### Der japanisch-amerikanische Pappvertrag unterzeichnet.

Washington, 11. Febr. Staatssekretär Hughes und der japanische Delegierte, Baron Shidehara, haben den Pappvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan unterzeichnet.

### Amerika als Gläubiger Europas.

#### Schaffung eines Auschusses für die Konsolidierung der Schulden der alliierten an Amerika.

Washington, 10. Febr. Präsident Harding hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Ausschuss geschaffen wird, der die Aufgabe hat, über die Konsolidierung der Schulden der Alliierten an Amerika zu verhandeln.

#### Verhandlungen über die englischen Schulden an Amerika.

London, 9. Febr. Nach einer Reutersmeldung wird in gut unterrichteten Kreisen angenommen, daß Verhandlungen über die Fundierung der britischen Schulden an die Vereinigten Staaten gegen Ende dieses Monats stattfinden werden.

#### Verlängerung der Zahlungsfrist für Reparations Schulden an Amerika.

Washington, 9. Febr. Senator Lodge hat im Senat die Ermächtigung zu einer Verlängerung der Zahlungsfrist für Kapital und Zinsen der österreichischen Schuld bei den Vereinigten Staaten um 25 Jahre verlangt.

#### Doch eine englische Anleihe für Österreich?

London, 9. Febr. Wie Reuter erfährt, ist beschlossen worden, der österreichischen Regierung eine Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling zu gewähren, vollkommen unabhängig vom Betrag, den die französische Regierung vorzuschließen sich entschließen sollte. Bisher seien Einzelheiten bezüglich der Bedingungen der Anleihe nicht festgelegt worden.

#### Die Frage der Wiederherstellung der Kaufkraft Mitteleuropas.

London, 9. Febr. Einem Reuter-Bericht aus Washington zufolge hebt der bereits gemeldete Bericht des Bundes-Reserveamtes über die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas noch die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Kaufkraft Rußlands und Mitteleuropas hervor und erklärt, daß die weitere Anhäufung von Gold in den Vereinigten Staaten eine ernste Gefahr sein würde. Der Bericht gibt Frankreich den Rat, Reparationen auf Grund des Wiesbadener Abkommens entgegenzunehmen, räumt jedoch ein, daß die Verwendung der deutschen Arbeitskraft in den verwüsteten Gegenden undurchführbar sein müsse.

## Vermischtes.

### Keine militärische Geheimorganisation in Oberschlesien.

Breslau, 12. Febr. Staatssekretär Dr. Peters hat sich heute nach Berlin zurückbegeben, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Die eingehenden Ermittlungen haben keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die Vorfälle in Oberschlesien etwa ihren Ursprung außerhalb des besetzten Gebiets haben und Zeichen einer allgemeinen militärischen Bewegung sind, wie dies französische Kreise angenommen worden ist. Die Vorfälle sind von keiner Stelle außerhalb des besetzten Gebiets geplant oder ins Werk gesetzt worden.

### Wirtschaftskonzessionen für Deutsche in der Ukraine.

Kiew, 10. Febr. Die ukrainische Staatsbank hat als zulässig anerkannt, daß deutschen Banken die Konzession zum Bau eines elektrischen Wasserkraftwerkes am Dnepr erteilt wird. Eine weitere Konzession soll für die Einrichtung eines Binnenhafens im Saporoschje-Gebiet einschließlich der damit verbundenen Baggetarbeiten erteilt werden.

### Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Tschechien.

Prag, 11. Febr. Gestern abend wurde der von den Vertretern der Grubenbesitzer und Bergarbeiter aller Resviere vereinbarte Vertrag im Bergbau, durch den der Streik beendet wird, unterzeichnet.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Februar 1922.

### Baudarlehen und Holzabgabe zum Wohnungsbau.

Durch eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern werden die Baudarlehen und Holzabgaben entweichend den Beschlüssen des Finanzausschusses abgeändert. Die Staatsmittel für Baudarlehen im Jahre 1921 sind erschöpft. Für Bauten, die vor dem 15. November 1921 begonnen und deren Baukosten sich außerordentlich erhöht haben, können die zugestandenen Baudarlehen erhöht werden. Für 1922 werden wiederum erhebliche Staatsmittel bereit gestellt. Es ist aber vorerst zwecklos, Darlehensgesuche einzureichen, da das Ministerium des Innern noch hunderte ältere Gesuche zu erledigen hat. Die zu gewährenden Baudarlehen für 1922 werden das 2-fache der bisherigen Sätze betragen, wobei jedoch der Barertrag für die wegfällende Holzverbilligung miteingerechnet ist. An die Stelle der Abgabe von Stammholz aus Staats- und Gemeinbewaldungen wird eine Unterführung der Bauherren beim Schnittholzeinkauf treten. Die Einreichung von Holzabgabegesuchen bei den Forstämtern und dem Ministerium des Innern ist demnach zwecklos. Die Bauherren werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit der bereits zugelagten Rundholzabgabe erhebliche Verzögerungen eintreten, weil die Bestände an Nadelstammholz nicht ausreichen. Schnittholz wird nach den Anträgen des Finanzausschusses nicht nur aus den Staatswaldungen, sondern auch aus denen der Gemeinden und Privaten verfügbar gemacht. Das Ministerium wird sich des Nadelstammholzes zum Wohnungsbau bezw. zur Belieferung der Sägewerke für Herstellung von Schnittholz ganz besonders annehmen.

### Erwerbslosenfürsorge.

Vom 13. Februar ab sind für die Erwerbslosenunterstützung die Höchstsätze erhöht worden. Männliche Personen über 21 Jahren mit eigenem Haushalt erhalten in den Ortsklassen A 18,5 M, B 17 M, C 15 M, D und E 12,50 M pro Tag. Als Familienzuschläge für Ehegatten werden gewährt 8,75 M, 7,75 M, 6,75 M und 5,50 M. Dazu kommen noch Kinderzuschläge von 7,50 M, 6,75 M, 6,25 M und 5,50 M. Ledige über 21 Jahren erhalten 15 M, 13,50 Mark, 12 M und 10 M.

### Württemberg und Hohenzollern.

Zu der dieser Tage durch die Presse gegangenen Berliner Meldung über die Frage der Vereinigung von Württemberg und Hohenzollern teilt der Regierungspräsident von Hohenzollern dem „Voller“ mit: Ich hatte allerdings in amtlichem Auftrag ein streng vertrauliches eingehendes Gutachten über Hohenzollern und seine Zukunft in staatsrechtlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu erstatten. Als unbedingte Forderung habe ich darin die Selbstbestimmung der Hohenzollerner über ihr Geschick durch Volksabstimmung gestellt. Die Lösung durch Bildung eines Groß-Schwabens wird als die glücklichsite angesehen, die mögliche Vereinigung mit Nachbarstaaten und der Erfüllung bestimmter Vorteile für Hohenzollern und der Wahrung seiner gegenständlichen Institutionen abhängig gemacht. Die Teilung Hohenzollerns wird bei dem Zusammengehörigkeitsgefühl seiner Bewohner als kaum möglich erachtet; die Exklaven sind je nach ihrer Lage besonders behandelt. Auf Einzelnes einzugehen verbietet schon die Vertraulichkeit des Gutachtens, erbringt sich auch durch die Tatsache, daß die Hohenzollernerfrage auf absehbare Zeit verschoben erscheint, da an dem Widerstand in Baden die Bildung Groß-Schwabens zu scheitern droht und die Hohenzollerner gegenwärtig kein Begehren haben, sich von Preußen zu trennen.

### Konrad Haufmann †

Stuttgart, 12. Febr. Reichs- und Landtagsabgeordneter Konrad Haufmann ist in der vergangenen Nacht nach etwa 14tägigem Krankenlager an den Folgen der Grippe gestorben. — Reichstagspräsident Lobe hat an die Witwe des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Konrad Haufmann folgendes Beileidstelegramm gerichtet: Zu dem plötzlichen Tode Ihres Gatten, unseres Abgeordnetenkollegen Konrad Haufmann, spreche ich Ihnen die herzlichste Teilnahme des deutschen Reichstags aus. Der Verstorbenen gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten des deutschen Parlaments in den letzten Jahrzehnten und seine eifrige Tätigkeit sichert ihm langes Andenken weit über den Rahmen der eigenen Parteifreunde hinaus.



